

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begründet ihren Antrag.

Die Verwaltung und die übrigen Fraktionen stimmen zu, dass man aus dem aktuellen Unmut in der Bürgerschaft lernen und die Kommunikation und Transparenz bei Haushaltsthemen verbessern muss. Es ist erforderlich, Möglichkeiten zu finden, wie die Stadt dies in ihrer Größenordnung geeignet umsetzen kann. Den Antrag findet die Verwaltung allerdings zu bindend, als dass man die Umsetzbarkeit zum jetzigen Zeitpunkt so bestätigen kann. Sie empfiehlt die konkrete Ausgestaltung, wie man die Bürgerschaft beteiligen kann, der Arbeitsgemeinschaft (AG) Haushaltskonsolidierung zu überlassen.

Die Meinungen der anderen Fraktionen gehen auseinander. Während die UWG damit argumentiert, dass sie als Mandatsträger direkte Gespräche mit der Bürgerschaft führen, bereits des Öfteren Gäste in ihre Fraktionssitzungen einbeziehen und daher dieses Instrument der Beteiligung nicht für nötig erachten, erklärt die SPD, dass sie den Antrag und z.B. Bürgerwerkstätten befürwortet und unterstützen würde.

Auch die CDU befürchtet, dass der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein zu starres Konzept beinhaltet und es für die Fraktionen selbst schon schwierig ist, die Konsolidierung zu bewältigen. Wie die Bürgerschaft zielführend beteiligt werden kann, sollte ihrer Meinung nach auch die AG bestimmen können. Diesem Vorgehen schließt sich auch die BfM an.

Die FDP befürwortet eine entsprechende Beteiligung, wie im Antrag beschrieben, jedoch losgelöst vom Haushalt 2025 sondern als grundsätzliches Instrument.

Schließlich beantragen die Grünen eine Sitzungsunterbrechung, aus der der gemeinsame Kompromiss ergeht, den Antrag zurückzuziehen und bis zur Ratssitzung einen gemeinsamen Lösungsansatz zu formulieren.